

# Übersicht

## AUSSENPOLITIK

### BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

#### (1) Chinesische Gemäldeausstellung in Bonn eröffnet

Am 5.4.1976 wurde in Bonn eine Ausstellung von 331 traditionellen chinesischen Gemälden eröffnet. Die Ausstellung, die vom Bonner Augustinum-Fonds veranstaltet wurde, zeigte - lt. NCNA vom 7.4.1976 - Gemälde von "Künstlern oder Amateurlern unter chinesischen Arbeitern, Bauern und Soldaten... Alle Ausstellungsstücke spiegeln Chinas neue Erfolge auf verschiedenen Gebieten seit der Großen Proletarischen Kulturrevolution wider".

#### (2) Peking wünscht die deutsche Wiedervereinigung

Die chinesische Führung will eine deutsche Wiedervereinigung auch unter kapitalistischen Vorzeichen unterstützen. Diese Versicherung soll der stellvertretende chinesische Außenminister Yü Chan gegenüber dem schleswig-holsteinischen FDP-Vorsitzenden Uwe Ronneburger in Peking abgegeben haben. Ronneburger erklärte nach einer vierzehntägigen Chinareise, daß sein chinesischer Gesprächspartner in diesem Zusammenhang auf das Schicksal seines eigenen Landes verwiesen habe. Peking habe "großes Verständnis" für die Wiedervereinigungswünsche des deutschen Volkes. Unter welchen Vorzeichen eine Wiedervereinigung zustandekomme, müsse von den Deutschen allein entschieden werden (SZ, 26.4.1976).

### WESTEUROPA

#### (3) Trauer um Feldmarschall Montgomery

Ministerpräsident Hua Kuo-feng sandte am 30. März nach England ein Beileidstelegramm, in dem er seine "Bestürzung über das Hinscheiden des Feldmarschalls Montgomery" ausdrückt, "dieses hervorragenden britischen Armeeführers und Freundes des chinesischen Volkes. Dank seiner Entschlossenheit und Tapferkeit, die er im Widerstand gegen die faschistischen Aggressoren während des Zweiten Weltkriegs an den Tag legte, und dank seiner Bemühungen um die Aufrechterhaltung staatlicher Unabhängigkeit genoß er allgemeine Achtung" (PRu 1976 Nr.14, S.3).

### SOWJETUNION UND OSTEUROPA

#### (4) Sowjetischer Vorwurf an Peking: Die chinesische Außenpolitik habe in der DDR-Frage den Klassenstandpunkt verloren

Radio Moskau ( dt., 21.4.1976 ) meint, daß sich die "gegenwärtige maoistische Führung Chinas ..... in einer Einheitsfront mit dem CIA und den Kräften der Erzreaktion in der Bundesrepublik Deutschland, den britischen Konservativen und den israelischen Zionisten befindet". Als ein "überzeugendes Beispiel dafür, welche Evolution die politischen Konzeptionen der chinesischen Führung durchgemacht haben, dient ihr Verhältnis zur DDR und zur Bundesrepublik Deutschland. In der jetzt schon fernen Vergangenheit war für die Haltung der KP Chinas in dieser Frage ein Klassenstandpunkt kennzeichnend. Die Führung der KP Chinas bekundete ihre volle Solidarität mit der Partei Liebknechts, Thälmanns und Piecks, mit dem deutschen Arbeiter- und Bauernstaat, der den Sozialismus aufbaut und für einen dauerhaften Frieden und die Sicherheit in Europa kämpft. Die Lage änderte sich von Grund auf, nachdem die Führung der KP Chinas Ende der fünfziger Jahre Kurs auf eine Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung genommen und China den sozialistischen Ländern entgegengesetzt hatte. Die neue, veränderte Außenpolitik Chinas ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß es sich von dem marxistisch-leninistischen klassenmäßigen Herangehen an die internationalen Probleme völlig abkehrte und außenpolitische Ziele absteckte, die mit den Interessen des Sozialismus und des Friedens nichts gemein haben. Zur Erreichung dieser Ziele setzte die chinesische Führung Konzeptionen und Begriffe in Umlauf, die keinen Klasseninhalt haben und dem Marxismus-Leninismus fern sind.

Dazu gehören u.a. die Konzeptionen der sogenannten Supermächte und der Zwischenzonen. Aufgrund dieser Konzeptionen werden die größte sozialistische Macht, die Sowjetunion, und die größte Macht der kapitalistischen Welt, die USA, gleichgestellt. Ihre außenpolitischen Ziele werden als identisch erklärt. Die entwickelten kapitalistischen Staaten, mit Ausnahme der USA, werden in die Zwischenzonen eingeordnet.

Zu den Hauptwidersprüchen der Gegenwart zählt die chinesische

Führung nicht den Widerspruch zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus, sondern zwischen beiden Supermächten.

Der Übergang zu Positionen, die dem Marxismus-Leninismus feindlich sind, bestimmt auch das Verhältnis der Maoisten zur DDR und zur BRD. Es fällt folgende Tatsache auf: In China wurden gerade jetzt Personen erwünschte Gäste, die im politischen Leben der Bundesrepublik die reaktionärsten Positionen einnehmen. Das anschaulichste Beispiel dafür liefert der Führer der westdeutschen Extremisten Strauß. Mit solchen Leuten, die die Interessen des Monopolkapitals vertreten, teilt die chinesische Führung ihre Pläne zur Vereinigung des kapitalistischen Westeuropas. Diese Leute ermuntert sie zu Schritten, die auf die Untergrabung der Positionen des Sozialismus auf deutschem Boden, auf die Liquidierung der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik gerichtet sind.

Man braucht nicht besonders scharfsichtig zu sein, um zu begreifen, daß das gegenwärtige Verhältnis der Maoisten zur Bundesrepublik nichts anderes als egoistische, eigennützige Pläne der chinesischen Führung verrät. Es ist auch vollkommen klar, daß diese Absichten den Interessen der Werktätigen beider deutscher Staaten, den Interessen des Sozialismus und des Friedens absolut zuwiderlaufen."

#### **(5) Zum Stand der sowjetisch-chinesischen Grenzverhandlungen**

In der Sendereihe "Hörer fragen - wir antworten" gab Radio Moskau (23.4.1976) bekannt, daß die Sowjetunion der chinesischen Seite bisher vier Vertragsentwürfe über die Regelung der gemeinsamen Grenzen unterbreitet habe. Ausführlich erwähnt wird, daß Moskau 1971 den Chinesen einen Vertrag über Nichtanwendung von Gewalt, einschließlich der Raketenfernaffen, vorgeschlagen habe. 1973 habe Moskau den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen beiden Staaten vorgeschlagen.

#### **(6) Seeschiffsabkommen zwischen Rumänien und China**

Rumänien und die VR China haben Anfang April in Peking ein Seeschiffsabkommen unterzeichnet. Es sieht u.a. die Erhöhung des Volumens der Seetransporte im Warenverkehr zwischen beiden Ländern vor. Weiterhin wurden gegenseitige Erleichterungen bei der Stationierung von Schiffen in den jeweiligen Häfen sowie Ermäßigungen der Steuern und Gebühren vereinbart (BfA/NfA, 14.4.1976).

### **NORDAMERIKA**

#### **(7) Ist China an Militärhilfe durch die USA interessiert?**

Am 26. April 1976 meldete die japanische Tageszeitung Mainichi Shimbun unter "Berufung auf Regierungskreise in Tokyo", daß die USA trotz japanischer Proteste erwägen, der VR China Militärhilfe zu leisten. Insbesondere sei von der Lieferung von Aufklärungsflugzeugen, eines U-Boot-Abwehrsystems und von solchen Computern die Rede, die sowohl für militärische wie zivile Projekte eingesetzt werden können.

Eine amerikanische Parlamentarierdelegation, die Ende April von einem siebentägigen Chinabesuch zurückkehrte, hatte demgegenüber den Eindruck gewonnen, daß Peking an dem Abschluß von

Verteidigungsabkommen mit den USA oder an der Lieferung amerikanischer Rüstungsgüter nicht interessiert ist. Melvin Price, Präsident des Militärausschusses des Repräsentantenhauses, betonte in diesem Zusammenhang, die Chinesen sehnten sich nicht im geringsten nach einem Bündnis mit den USA, das über die im Shanghai-Kommuniqué festgelegten Bedingungen hinausgehe (Die Welt, 27.4.1976).

Im Shanghai-Kommuniqué hatten sich China und die USA darauf festgelegt, im asiatisch-pazifischen Raum weder selbst eine Hegemonierolle anzustreben, noch zu dulden, daß eine dritte Macht (gemeint war hiermit vor allem die Sowjetunion!) eine solche Hegemonierolle übernehmen könne.

#### **(8) Computer Cyber 72 geht nicht nach Peking**

Eine Anfrage an die amerikanische Regierung im Zusammenhang mit der Frage, ob die USA an Peking Waffen liefern sollen, hat ergeben, daß der chinesische Wunsch, den amerikanischen fortgeschrittenen Computer Cyber 72 zu kaufen, abgelehnt worden ist. Bei diesem Computer, der auch schon den Sowjets verwehrt wurde, handelt es sich um ein strategisches Gut erster Klasse, das für den zivilen Bereich - wie bei der Abschätzung von Erdölvorkommen - sowie auch auf dem militärischen Sektor (Luftverteidigung, Anti-U-Boot-Kriegführung) verwendbar ist. Nach Angaben des Regierungsbeamten wird die Verweigerung dieses Computers damit begründet, daß man keine der beiden kommunistischen Mächte bevorzugen wolle. Der Beamte gab ferner zu, daß es tatsächlich in der amerikanischen Regierung Diskussionen über die Lieferung militärischen Geräts an China gegeben habe. Der Beamte meinte, dieser Komplex gehöre zu den zukünftigen Optionen der USA, und fügte hinzu: 'Ich sage damit nicht, daß solche Geschäfte niemals gemacht werden.'

Diese Meinung vertrat inzwischen auch Senator Mansfield, der sich im übrigen dafür einsetzte, China in den Handelsbeziehungen mit den USA eine Meistbegünstigungsklausel einzuräumen. Der chinesische stellvertretende Ministerpräsident Chang Chun-chiao hat inzwischen einer amerikanischen Kongreßdelegation zu verstehen gegeben, daß China kein Bündnis mit den Vereinigten Staaten eingehen werde und auch keine militärische Hilfe zur Unterstützung des chinesischen Verteidigungssystems erbeten habe. Selbst falls von amerikanischer Seite ein entsprechendes Angebot kommen sollte, würde Peking es ablehnen. Nach einer taiwanesischen Quelle soll Präsident Ford die Möglichkeit einer militärischen Zusammenarbeit mit China demontiert haben (IHT, 13.4.1976, JT, 28.4.1976).

### **NAHOST**

#### **(9) "Zornig vertreibt das ägyptische Volk die Sowjets aus seinen Häfen"**

Am 26. März bestätigte Präsident Sadat einem dpa-Korrespondenten, daß Ägypten seine Hafeneinrichtungen für die sowjetische Marine geschlossen habe. Das ägyptische Volk habe mit den Rufen "Iwan, go home!" den Abzug der Sowjets aus Alexandria begrüßt. "Seit langer Zeit trachtete die Sowjetunion nach Häfen im Mittelmeer. Die Errichtung ihrer Marinebasen in Ägypten war ein wichtiger Teil in ihrem Wettstreit mit den US-Imperialisten im Mittelmeer, im Nahen Osten und in der ganzen Welt. Das Mittelmeer ist das größte Binnenmeer der Welt und eine le-

benswichtige Seeroute zwischen Europa, Asien und Afrika. In dem grimmigen Wettstreit mit den US-Imperialisten, die dort im Mittelmeer herrschen, wurde in den letzten Jahren aus dem Schwarzen Meer eine große Anzahl sowjetischer Schiffe entsandt. Die im Mittelmeer stationierte Flotte umfaßt 50-60, zeitweise sogar über 90 Einheiten. Durch die Kontrolle der ägyptischen Häfen war die Sowjetunion in der Lage, ihrer Mittelmeerflotte Versorgungsbasen einzurichten, Südeuropa direkt zu bedrohen und diese Häfen als Sprungbrett zu Aggression und Expansion im Nahen Osten und Afrika zu benutzen..... Ihrem Wunschenken entsprechend wollten die sowjetischen Revisionisten durch ihr Netz an Mittelmeerbasen in der Lage sein, das Schwarze Meer mit dem Mittelmeer, dem Roten Meer und dem Indischen Ozean zu verbinden, ihre Kanonenboote willkürlich dieses Meer durchfahren zu lassen und die Souveränität der Sicherheit der Küstenländer zu stören und zu bedrohen. Ägypten hat mit der erfolgten Schließung der Hafeneinrichtungen ..... einen neuen Beitrag im Kampf der Völker der ganzen Welt gegen Hegemonie geleistet " (NCNA, 1.4.1976).

Zur "Treulosigkeit" der Sowjetrevisionisten schreibt Hsinhua (NCNA, 2.4.1976): "Während des Krieges, als Ägypten dringend die Sowjetunion um Wiederauffüllung der Waffenbestände ersuchte, verlangte der sogenannte "natürliche Verbündete" plötzlich Barzahlung". Glücklicherweise seien andere arabische Länder für Ägypten eingesprungen. "Ägypten befand sich nach dem Oktoberkrieg in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Anstatt Hilfe zu leisten, bestand die Sowjetunion böswärtigerweise wiederholt auf Rückzahlung der Schulden, wobei sie Ägypten zwang, pro Jahr mehrere hundert Millionen Dollar zu zahlen. Im Jahr 1975 stellte die Sowjetunion die Lieferung von Maschinen, Ersatzteilen und Rohmaterialien an Ägypten ein.... Der Versuch, Ägypten mit wirtschaftlichen Mitteln zu zerschlagen, schlug jedoch fehl, weil andere arabische Länder wirtschaftliche Hilfe jeglicher Art für Ägypten leisteten".

Mitte April reiste der ägyptische Vizepräsident Moubarak nach Peking, um über Ersatzteillieferungen, vor allem für Mig-Düsenjäger, zu verhandeln. Am 22. April gab er bei einer Pressekonferenz in der chinesischen Hauptstadt bekannt, er sei "äußerst befriedigt" über seine Gespräche mit der chinesischen Führung. Er zeigte sich überrascht über das Ausmaß des chinesischen Hilfsangebotes und erklärte, die zugesagte Hilfe gehe weit über seine Erwartungen hinaus. Zu dem am Vortag abgeschlossenen Militärabkommen zwischen beiden Staaten lehnte er jedoch nähere Auskünfte ab und sagte lediglich, China habe die Entgegennahme einer Bezahlung der Triebwerke und Ersatzteile für die Mig-Kampflugzeuge abgelehnt. China wolle diese Lieferung als reine Hilfsmaßnahme und nicht als Waffenverkauf verstanden wissen (NZZ, 24.4.1976).

## ASIEN

### (10) Sino-japanisches Seidenabkommen gescheitert

Entgegen der noch im Februar verkündeten Übereinkunft, exakte Quoten für den Import chinesischer Seidenprodukte festzulegen, (siehe C.a. März 76, Ü 45) heißt es jetzt aus Tokyo, daß ein solches Abkommen gescheitert sei. Die japanischen Unterhändler hatten versucht, die Seidenimporte aus China auf 120.000 Ballen, 7200 t, zu beschränken. 1975 waren es noch 162.000 Ballen, also

eine Kürzung um 25%. China hatte eine Reduzierung der Einfuhrquote mit dem Hinweis abgelehnt, daß die Seidenimporte aus Südkorea noch 50% höher lägen und daß man Gleichbehandlung fordere. Ende April sollen nun neue Verhandlungen stattfinden (SWB/WER, 14.4.1976).

## AUSTRALIEN

### (11) Freundliches aus Canberra für Peking

Der australische Premierminister Malcolm Fraser hält China für ein willkommenes Bollwerk gegen sowjetische Expansionsgelüste im Indischen Ozean. Wie sein Vorgänger Whitlam legt auch Fraser großen Wert auf gute Beziehungen zur Volksrepublik. Nach einem Korrespondentenbericht der FAZ vom 7. 4.1976 soll Fraser seine Haltung zur chinesischen Politik folgendermaßen dargelegt haben: "Ich glaube wirklich nicht, daß China Grund hat, die Großmächte zu lieben. Die Riesen halten immer noch einige Gebiete besetzt, welche die Chinesen für sich in Anspruch nehmen. Wir alle wissen, was Großbritannien, Frankreich, Deutschland und schließlich - gegen Ende des 19. Jahrhunderts - die Vereinigten Staaten China angetan haben. Also können wir nicht wissen, wieviele Aktionen Chinas gegenwärtig auf kommunistischer Ideologie beruhen, und wieviele auf dem historischen Wunsch, die Grenzen Chinas gegen ausländische Einfälle zu schützen. Die Chinesen haben Meinungen über die russische Expansion, die von einem guten Teil Realismus getragen sind.... Ich glaube, es ist logisch, daß ich zunächst China besuchen werde und natürlich auch Japan, bevor ich dahin gehe, wo mich andere Leute erwarten würden - nach Großbritannien oder den Vereinigten Staaten".

## INTERNATIONALE KONFERENZEN UND ORGANISATIONEN

### (12) China tritt für eine Änderung der UNO-Charta ein

Ein von 42 UNO-Mitgliedstaaten gebildetes Sonderkomitee zur Diskussion der Charta der Vereinten Nationen hielt vom 17.2. bis 12.3.1976 die erste Tagung ab. Man beschloß, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die die Frage der Überprüfung und Abänderung der UNO-Charta untersuchen soll.

Seit Gründung der UNO hat sich die Zahl der Mitgliedstaaten fast verdreifacht. Die Forderung nach Berücksichtigung der "Kleinen" ist unüberhörbar geworden.

Worum es heute geht - und wofür sich China ganz besonders stark macht -, ist das Prinzip der Gleichheit für alle Länder, ob groß oder klein. Vor allem sollen die Privilegien der Supermächte abgebaut werden. Eine Änderung liefe im wesentlichen auf folgende Punkte hinaus:

- Erweiterung der Rechte der UNO-Vollversammlung
- Einschränkung der Rechte des Sicherheitsrates, vor allem des Vetorechts
- Änderung der Zusammensetzung des Sicherheitsrates und
- Einschränkung oder aber Aufhebung des Vetorechts der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates

“Die Überprüfung der Charta ist eine unaufhaltsame und allgemein begrüßte Strömung” (PRu 1976 Nr.13, S.23). China will, m.a.W., seine “zu Hause” geübte “Massenlinie” nun auf die Weltorganisation übertragen.

### (13) Peking bald Mitglied des GATT?

Aus diplomatischen Kreisen Genfs soll verlauten, daß die VR China an einer Mitgliedschaft im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) interessiert sei. Für die Nützlichkeit eines chinesischen Beitritts zum GATT sprächen folgende Gründe:

1. Chinas Außenhandelsstruktur verändert sich angesichts seiner Exportfähigkeit von Rohöl.
2. Eine Neuorientierung der chinesischen Binnenwirtschaft mit mehr Investitionen auf dem industriellen Sektor würde die Chinesen dazu zwingen, mehr Nahrungsmittel zu importieren.
3. Peking könnte so bei den Verhandlungen über die Revision des Welthandelssystems teilnehmen.

Nach Ansicht diplomatischer Beobachter in Genf könnte China zunächst - wie Mexico - nur als Beisitzer den Genfer Handelsverhandlungen beiwohnen. Diese Möglichkeit wird im selben Augenblick jedoch von jenen relativiert, die die Meinung vertreten, daß China als Großmacht nicht nur den Posten eines Beobachters wünscht, der keine aktive Rolle bei den Verhandlungen spielen kann. Im übrigen fehle es China z.Zt. an gewandten Verhandlungsexperten. Dies hätten die Chinesen inzwischen selbst eingesehen. Auch sei man in Peking davon überzeugt, daß eine GATT-Mitgliedschaft z.Zt. noch nicht opportun sei, weil die eigene Wirtschaft für einen Wettbewerb nach GATT-Regeln noch nicht reif genug sei. Von Experten werden diese Gründe jedoch nicht als so überzeugend angesehen, daß die Chinesen sich nicht doch schon im nächsten Jahr um eine Mitgliedschaft im GATT bewerben könnten (IHT, 10.4.1976).

## INNENPOLITIK

### (14) Außenminister beteiligt sich an Demonstrationen gegen den gestürzten Teng Hsiao-p'ing

Chiao Kuan-hua, der chinesische Außenminister, führte am 9. April persönlich den Demonstrationszug seines Ministeriums auf dem 3 km langen Marsch zum Platz vor dem T'ien-an-men (Tor zum himmlischen Frieden) an. Der Minister wurde von den meisten seiner Stellvertreter und den rund 700 Mitarbeitern begleitet. Voran fuhr ein Lastwagen mit Trommlern und Schellenschlägern, dem die Fahnenträger unter einem goldgerandeten, rot umgrenzten Mao-Bild folgten.

Bereits am Vortag hatte eine Million Menschen aus Betrieben und Schulen für den Parteivorsitzenden Mao sowie den neuen Regierungschef Hua Kuo-feng und gegen den entmachteten ehemaligen Vize-Premier Teng Hsiao-p'ing demonstriert.

Chiao war ein enger Vertreter des Teng-Förderers Chou En-lai!

### (15) Das Politbüro zeichnet Soldaten und Milizionäre für ihren Ordnungseinsatz aus

“Am 24.4. empfangen führende Genossen des ZK der KPCh in

der großen Halle des Volkes 130 Vertreter der Pekinger Arbeitermiliz, der Volkspolizei, der Armeeinheiten aus der Pekinger Kaserne und der Einheit Nr. 8341 der VBA sowie Vertreter des Stabes des Ministeriums für öffentliche Sicherheit, die sich im Kampf um die Zerschlagung des konterrevolutionären politischen Zwischenfalls auf dem Tien-an-men-Platz um Partei und Volk verdient gemacht haben. Folgende Genossen des ZK der KPCh hatten sich aus diesem Anlaß bei dem Empfang eingefunden: Hua Kuo-feng, Wang Hung-wen, Chang Ch'un-ch'iao, Yao Wen-yüan, Ch'en Hsi-lien, Chi Teng-kuei, Wang Tung-hsing, Wu Te, Ch'en Yung-kuei, Wu Kuei-hsien, Su Chen-hua und Ni Chih-fu.

Im Verlaufe des Empfanges reichten die führenden Genossen des ZK der Partei den Vertretern - einem nach dem anderen - die Hand, richteten an sie herzliche Grüße aus und lobten sie wegen ihres heroischen Kampfgeistes im Einsatz gegen die Handvoll Klassenfeinde” (NCNA, 26.4.1976). Die Delegierten, die Ehrenurkunden, Banner und Schriften des Parteivorsitzenden Mao überreicht bekamen, bezeichneten bei dieser Gelegenheit den gestürzten stellvertretenden Ministerpräsidenten Teng Hsiao-p'ing als Hintermann der Unruhen.

Die im Text genannten Personen können als die eigentlichen Repäsentanten der - zur Zeit siegreichen - “kulturrevolutionären” Gruppe bezeichnet werden.

### (16) Theatervorführung für Pekings Miliz

Am 12. April veranstaltete das Kulturministerium in Peking eine Sondervorstellung für die Milizsoldaten, Volkspolizisten und Soldaten, die “die Klassenfeinde auf dem Tien-an-men-Platz bekämpft hatten”. Gemeint ist das Vorgehen gegen die Teilnehmer der Sympathiekundgebungen für Teng Hsiao-p'ing und Chou En-lai eine Woche zuvor.

Über 20.000 Männer und Frauen der Miliz, Volkspolizei und Armee besuchten die Theatervorführung, die im überdachten Stadion von Peking stattfand. Zahlreiche hohe Funktionäre wohnten der Aufführung bei, darunter der Kulturminister Yü Hui-yung.

Das Kulturministerium organisierte darüber hinaus einen Besuch von Künstlern im Krankenhaus, um den bei den Auseinandersetzungen auf dem Tien-an-men-Platz verwundeten Milizleuten, Volkspolizisten und Armeemitgliedern ihre Sympathie auszudrücken. Künstler des chinesischen und des Pekinger Pekingoper-Ensembles, des chinesischen Tanzdrama-Ensembles und der Zentralen Philharmonischen Gesellschaft führten für die verwundeten Kameraden Arien aus revolutionären Musteropern vor (NCNA, 12.4.1976).

### (17) “Kampf gegen den Wind von rechts” im Gesundheitswesen

Am 1. April 1976 berichtete die Volkszeitung auf ihrer ersten Seite von einer großen Massenversammlung in einem Außenbezirk von Shanghai, zu der die über 9300 Barfußärzte der Außenbezirke Shanghais ihre Vertreter geschickt hatten. Die Vertreter der Barfußärzte, arme und untere Mittelbauern, Kader und medizinisches Personal kritisierten die Äußerungen des “unbußfertigen Kapitalisten innerhalb der Partei” Teng Hsiao-p'ing, die dieser angeblich in bezug auf das Gesundheitswesen gemacht haben soll. Teng soll gesagt haben, daß das System der Barfußärzte gerade “ausprobiert” würde, daß die Barfußärzte zu geringe Kenntnisse hätten und ihr Niveau